

Gewitterwolken in der Altersvorsorge

Jahresbericht der AHV/IV/FAK-Anstalten genehmigt

Der Gesellschaftstrend «Karriere statt Kind» wird für die Altersvorsorge zur Bedrohung: Zu viele Rentner und zu wenig Kinder gefährden die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben.

• VON BETTINA FRICK

Die Entwicklung zeigt, dass die Beitrags-einnahmen der AHV-Zahler im Verhältnis zu den Ausgaben für die Rentenbezügler kontinuierlich abnehmen. Die Finanzierbarkeit der Renten hängt stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese ist weit weniger günstig als in der Vergangenheit. Noch ist die Alters- und Hinterlassenenversicherung in einer guten Verfassung. Dies zeigt vor allem der AHV-Fonds, der rund 1,8 Milliarden Franken aufweist. Der Fonds entspricht somit dem Elfachen der derzeit jährlich ausbezahlten Leistungen von rund 163 Millionen Franken. Das Gesamtergebnis des vergangenen Jahrs weist einen Überschuss von 60 Millionen Franken aus. Dennoch: Es zeichnet sich der Trend ab, dass die Beiträge der Versicherten die Leistungen für Renten nicht mehr zu decken vermögen. Im vergangenen Jahr betrug der Deckungsmangel mehr als fünf Millionen Franken. Diese Situation gab den Landtagsabgeordneten Anlass, um über die Zukunft des Sozialstaates zu debattieren. Dass so schnell als möglich gehandelt werden muss, darüber waren sich alle einig.

Schlimmes Gewitter

«Es ziehen bereits die ersten Wolken in unserer AHV auf», sagte der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert. Er prognostizierte: «Es werden bald noch mehr und laut Vorhersage wird es ein schlimmes Gewitter geben, sollte es so weitergehen.» Der Abgeordnete mahnte: «Wir dürfen vor der künftigen Finanzierung die Augen nicht verschliessen. Schliesslich muss die Suppe von unseren Kindern ausgelöffelt werden.»

Der FL-Abgeordnete Pepo Frick teilte die Meinung von Wendelin Lampert in punkto Handlungsbedarf. Dennoch fügte er in seinem Votum an: «Ich warne davor, den Leuten unsinnig Angst zu machen.» Zwar ziehen die Wolken tatsächlich auf und bei der Invalidenversicherung hätte es bereits zu regen begonnen. «Wir haben aber noch Zeit. Deshalb gibt es auch keinen Grund zur Panik.» Er hoffe im Laufe dieses Jahres auf die Lösungsvorschläge des Verwaltungsrates. FBP-Frakti-

onssprecher Markus Büchel schloss sich der Meinung von Pepo Frick an: «Natürlich müssen wir handeln, dürfen aber nicht unnötig Ängste schüren.» Wichtig sei ausserdem, dass die Massnahmen längerfristig angelegt würden.

Kritik an der IV-Revision

Auch den VU-Abgeordneten Heinz Vogt beunruhigt die demografische Entwicklung. Deshalb möchte er von der Regierung wissen, ob es eine Planrechnung bezüglich der Finanzierung gibt. Wie Regierungsrat Hugo Quaderer antwortete, wird gemäss AHV-Gesetz alle fünf Jahre eine technische Bilanz erstellt. Dieses Jahr ist eine neue fällig. Voraussichtlich soll diese Ende Jahr vorliegen. Hugo Quaderer geht mit den Meinungen aus dem Plenum einig: «Wir dürfen den Bürgern keine Angst machen, aber es besteht ganz klarer Handlungsbedarf.» Im Weiteren machte der Regierungsrat Ausführungen über die Revision der Invalidenversicherung, die im März in Vernehmlassung geschickt wurde, welche im Mai zu Ende gegangen ist. Ein Vernehmlassungsteilnehmer lehne den vorgeschlagenen Weg absolut ab. Er schlage vor, dass auch die Leistungsseite betrachtet werden müsse und erst dann ein Gesamtpaket auf die Reise geschickt werden könne. Ein anderer Teilnehmer erachte die Beitragserhöhung auf 1,5 Prozent für zu hoch und schlägt eine Erhöhung auf 1,4 Prozent vor. «Ein Grossteil der Vernehmlassungsteilnehmer blickt der Revision kritisch entgegen», sagte Hugo Quaderer. Die meisten aber würden den Vorschlag akzeptieren, fordern aber dringend, dass auch auf der Leistungsseite etwas unternommen wird.

So rasch als möglich

«Für mich war klar, dass ein Gesamtkonzept entwickelt werden muss, in das die Beitrags- wie auch die Leistungsseite miteinbezogen wird», so Sozialminister Hugo Quaderer. Dies veranlasste den Regierungsrat, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis Ende August Vorschläge liefern soll, was auf der Leistungsseite überhaupt möglich ist. Derzeit werden die Vernehmlassungsergebnisse ausgewertet. Laut Quaderer soll der Bericht und Antrag in der September-Sitzung dem Landtag vorgelegt werden. «Es ist unsere klares Ziel, so rasch als möglich zu handeln.»